

Dresdener Volkszeitung

Hofschickfonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 126

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Schriftleitung: Weidenplan 10, Fernsprecher Nr. 521. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Weidenplan 10, Fernsprecher Nr. 521 und 1277
Schließzeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 29 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 30 mm breite Normalzeile 1.50 Pf., für ansonstige
Anzeigen 2 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Ver-
suche 40 Pf. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 294

Dresden, Sonnabend den 18. Dezember 1926

37. Jahrg.

Der Sturz der Regierung Marx

Das sozialdemokratische Mißtrauensvotum mit großer Mehrheit angenommen — Hindenburg für eine Rechtsregierung — Ratlosigkeit von Zentrum und Demokraten — Krippensehnsucht der Deutschnationalen

Die Abstimmung des Reichstags über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag ergab von 420 insgesamt abgegebenen Stimmen 219 mit Ja und 171 mit Nein. Es stimmten außer den Sozialdemokraten dafür die Deutschnationalen, Kommunisten und Völkischen.

Auf Grund der Abstimmung des Reichstags beschloß das Reichskabinett, dem Reichspräsidenten noch am Freitag seine Demission zu überreichen, und beauftragte den Reichskanzler, dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung zu überbringen. Der Reichspräsident nahm die Rücktrittserklärung entgegen. Er dankte dem Reichskanzler für seine und der Reichsminister bisherige Arbeit und beauftragte den Reichskanzler und die Mitglieder der Reichsregierung mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte. Der Reichskanzler erklärte sich namens des Kabinetts hierzu bereit.

H. F. Nachdem die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach eingehenden Erörterungen der Lage in den letzten Sitzungen am Mittwochabend beschlossen hatte, in den nächsten Verhandlungen über die Neubildung der Regierung den Rücktritt des Kabinetts Marx zu fordern, gab es große Aufregung in den Fraktionen und den Kreisen der Reichstagsparteien. Der Beschluß habe „die Luft einer politischen Sensation“ — so schrieb die Völkische Zeitung. Die Germania meinte, daß damit „die Verhandlungen im allgemeinen gründlich beseitigt“ werden. Die Strengzeitung schrieb von „einem Affront der Sozialdemokratie gegen das Reichskabinett“. Durch die Rede Scheidemanns sei „das Maß des Übels voll gemacht“, so hieß es in der Arbeiter-Zeitung. Unter Redner habe „familiäres Porzellan zerbrochen“. Die Heberaufklärung war also groß auf allen Seiten.

Die Heberaufklärung war also groß auf allen Seiten. Dem Centre gegenüber sei zunächst an folgendes erinnert. Das Hindenburgkabinett Marx wurde gebildet unter der Voraussetzung, daß es lediglich eine vorübergehende Erscheinung sein sollte. So bald wie möglich müsse man zu einer Regierung kommen, die eine feste und dauerhafte Mehrheit im Parlament hinter sich habe. Während der ganzen Zeit daher wurde die Sozialdemokratie in der demokratischen und in der Zentrumstreue förmlich bestärkt, in einer Großen Koalition mitzuregieren. Dabei ging häufig alle politische Verantwortung in die Weiden. Man überließ wohl absichtlich in dem Maße nach der Großen Koalition die mehr als fähige Haltung maßgebender Organe der Deutschen Volkspartei. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte wiederholt ihre grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen über Bildung einer neuen Regierung, auch zur Großen Koalition. Ob das stets mit den nötigen Vorbehalten geschehen ist, sei dahingestellt. Ebenso auch, ob etwa das Fehlen erster Vorbehalte die andre Seite zu der Ansicht bringen konnte, als ob man nur nötig habe, die Sozialdemokratie zum Mitregieren einzuladen. Aus einer Unkenntnis der Stimmung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wäre dann die große Heberaufklärung am Donnerstag zu erklären.

Die Erfahrungen seit dem Herbst 1923 haben nämlich viele unserer Abgeordneten, die durchaus und gern bereit sind, die Große Koalition mitzumachen, zur Vorsicht und zur eingehenden Prüfung der Lage veranlaßt. Vor einem Jahre, zu Ende 1925 und Anfang 1926, hatten wir eine der besten und schönsten Situationen. Die Sozialdemokratie und die Deutschnationalen bildeten die Mehrheit. Wir stellten uns kläglich Bedingungen, die wirklich nicht taufel waren. Die Sache hässelte an diesen sehr annehmbaren Bedingungen. Besonders die Deutsche Volkspartei wollte nicht mit. Nach dem Weggang der Aktion mutete man wieder mit großen Vorbehalten sogar in demokratischen Kreisen der größten Partei Deutschlands zu, ohne alle Bedingungen in die Regierung einzutreten! Das Weitere ist dann schon selbstverständlich. Es mag in der sozialdemokratischen Fraktion eine Anzahl Abgeordnete geben, die auch das mitzumachen wollen; die große Mehrheit aber lehnt derartige Annahmen ab. So kam es, wie schon früher öfters, daß Freunde und Gegner der Koalition einen Wehrtadel auslassen, der ebenso für wie gegen die Koalition gemeint, aber letztlich ist die sozialdemokratischen Parteien zu wahren, die unsre Partei vor allzu großer Überforderung von den demokratischen Parteien sichern. Auch über die Bedeutung der Forderungen, die zu stellen sind, sehen die Meinungen auseinander. Die Freunde der Koalition in der sozialdemokratischen Fraktion müßten den Parteien der Koalition wollen es erwidern, weil sie große Verantwortung für die Partei darin sehen, daß wir in der Regierung die Verantwortung für politische Vorgänge mit übernehmen müßten, die vor den Wägen unserer Anhänger schwer nicht unmöglich zu tragen ist.

Das alles ist zu berücksichtigen, wenn man jetzt in der bürgerlichen Presse lesen konnte, daß der fragliche Beschluß „ein Zugeständnis an den linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei“ sei. Da die neue Regierung eine dauerhafte Mehrheitsregierung mit langfristigen Bindungen sein soll, ist für uns doppelt und dreifach Vorsicht geboten! Diese Stimmung ist es, die eine Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion in allen Sitzungen, in denen die Sache erörtert wurde, stark beeinflusste. Lieber keine Koalition als eine, die der Partei zum Verhängnis werden muß! Dabei spielen auch Verleumdungen eine Rolle. Geht es für sozialdemokratische Mitregierung unerträglich. Nicht viel anders steht es mit Völk. Dazu kommt, daß mit der recht kurzlebigen Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und dem Kabinett offenbar ein unehrliches Doppelspiel getrieben worden ist. Herr Scholz hat bestritten, daß die Verhandlungen, nur mit der Sozialdemokratischen Fraktion zu nehmen, so einseitig und bindend gewesen wären, wie uns das mitgeteilt wurde. Die Deutsche Volkspartei habe sich vielmehr auch nach rechts hin freie Hand vorbehalten. Das hat ihr Fraktionsführer Dr. Scholz in der gestrigen Sitzung noch einmal unterstrichen. Der Reichskanzler Marx hat die ganze Zeit zu dieser Behauptung geschwiegen. Ein Dementi der Regierungsparteien blieb aus. Der Versuch des Abgeordneten Erkens, die Scholz'sche Behauptung abzuschwächen, konnte nicht überzeugend wirken.

Dieser Lage der Zweideutigkeiten, des Zudrucks und Mannens wollte die Sozialdemokratie ein Ende machen. Deshalb ihre sachlich begründete und wohlverdiente Forderung des sofortigen Rücktritts der Regierung! Und als Konsequenz die formelle Verfassung des Vertrauens, nachdem der Reichskanzler dieses Verlangen rundweg abgelehnt, dafür nur persönliche Zusicherungen gegeben hatte. Um so mehr, als die Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens von der Deutschen Volkspartei fort und fort genährt wird. Der Sturz der Regierung muß freiere Bahn, von den bisherigen Burlesken

unbeeinträchtigte Handlungsfreiheit schaffen. Wir dürften auch eine Verschiebung der Entscheidung, nachdem die Angelegenheit in den letzten Wochen das innerpolitische Leben geradezu beherrscht hat, nicht zulassen. Das war ein weiterer Differenzpunkt zwischen uns und den Regierungsparteien. Ganz abgesehen davon, daß die Salbung der sozialdemokratischen Fraktion durch die bekannte, im Reichstag bei der zweiten Lesung des Mißtrauensantrags abgegebene Erklärung bereits bestimmt war. Ein Rückzug ohne sehr triftige Gründe hätte unsre ganze Partei bis auf die Knochen blamiert. So kam es zu dem Beschluß, der den Regierungsparteien sehr unangenehm geworden ist. Er war notwendig, um zu zeigen, daß wir von andern nicht einfach über uns verfahren lassen wollen.

Die Rede Scheidemanns über die Reichswehr hat nun vollends dem Hof den Boden ausgeschlagen. Unstimmigen Kombinationen gegenüber muß gesagt werden, daß der Vorstoß gegen die Reichswehr von der Fraktion beschlossen war. Und zwar unter allen Umständen, gleichviel wie sonst die Dinge liefen. Wenn aber nicht einmal Zentrum und Zentrum Verständnis für diese Aktion aufbringen können, dann ist das einer jener Fälle, die uns zeigen, wie gefährlich es wäre, in die Große Koalition „hineinzufallen“, wie kürzlich vom Referenten in einer Fraktionssitzung sehr richtig bemerkt wurde. Es hätte nichts geschadet, wenn die überhebliche Schulmeisterei der bürgerlichen Redner unserm Verhalten gegenüber etwas energischer vom zweiten Redner unserer Fraktion zurückgewiesen worden wäre.

Herr Wirth und der rechtspolitische katholische Prälat Dr. Leicht wachen aber einen gleichen Gedanken an: es gebe jetzt nicht mehr um die Staatsform, sondern um die innere Gestaltung des Staates. Durchaus unsre Meinung! Auf diesem Gebiete scheiden sich jedoch gerade die Geister und die Interessen. Herr Leicht gab eine klare Antwort auf die Frage: er und seine Genossenschaft wollen keine Entwicklung zur sozialen oder gar sozialistischen Republik. Herr Wirth begnügte sich mit einer Zweideutigkeit, indem er sich lediglich

Der deutschnationale Schacher

D. Vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag über das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie fehlte die deutschnationale Reichstagsfraktion, und insbesondere ihr Führer, Graf Westarp, alle Sebel in Bewegung, um sich für die Zukunft die Türen zur Reichsregierung zu öffnen. Auch der Reichspräsident wurde in diesem Sinne von der deutschnationalen Reichstagsfraktion eifrig engagiert, ohne daß sich aber der Reichskanzler Marx bereit zeigte, eine entsprechende Erklärung mit Zustimmung seiner Fraktion vor dem Plenum des Reichstags abzugeben und den Deutschnationalen im voraus für das neue Jahr einen Einfluß auf die Reichsregierung zu versprechen. Auch die Bemühungen der Deutschen Volkspartei änderten an diesem Entschluß des Reichskanzlers nichts. Er forderte eine Entscheidung in offener Feldschlacht; erst als alle Aussichten, vorerst eine bindende Erklärung für die Beteiligung an dem Kabinett im kommenden Jahre zu erhalten, gescheitert waren, entschloß sich die deutschnationale Reichstagsfraktion für die Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum. Das muß für alle Zeiten festgehalten werden.

Hindenburg und die Parteiführer

D. Berlin, 18. Dezember. (Fig. Funkbericht.) Der Reichspräsident beschäftigt nach einer Meldung des Lokalangelegers, der zu dem Hause Hindenburg gute Beziehungen unterhält, heute neben dem Abgeordneten Scholz zunächst noch den Grafen Westarp und dann den Führer der Sozialdemokratie, Hermann Müller, zu empfangen. Es soll sich dabei voraussichtlich lediglich um orientierende Unterredungen handeln. Die Erteilung eines Auftrages zur Kabinettsbildung ist für die nächsten Tage noch nicht in Aussicht genommen.

Pressestimmen

Hindenburgs Bemühungen um den Bürgerblock

D. Berlin, 18. Dezember. (Fig. Funkbericht.) Der Rücktritt der Reichsregierung hat nach übereinstimmender Auffassung der Berliner Presse nicht die erforderliche Klärung der politischen Lage gebracht. Niemand weiß, was man tun soll, trotzdem sich sowohl die Sozialdemokratie und auch die Deutschnationalen für die Zukunft unter gewissen Voraussetzungen zur Mitarbeit in einer Regierung bereit erklären.

Der Vorwärts bringt das wie folgt zum Ausdruck: Die Sozialdemokratie ist heute noch genau dieselbe, die sie gestern und vorgestern war. Sie ist noch wie vor bereit, an einer Regierung mitzumachen, in der sie für den Schutz der Republik und für die arbeitenden Massen des Volkes etwas erreichen kann. Daß sich das Zentrum nicht zum Bürgerblock zwingen, dann bleibt nur

zweierlei: entweder muß mit der Sozialdemokratie regiert werden oder der Reichstag muß aufgelöst werden.

Das Berliner Tagblatt erklärt: „Eigenes Reichsblatt verläßt sich Zentrum und Demokraten. Die Erweiterung nach links ist im Augenblick mißlungen. Freilich, nicht sachliche Hindernisse, sondern tatsächliches Ungeschehen hat sie zum Scheitern gebracht. So bleibt nur ein Ausweg, der nicht zum erstenmal in Krisenzeiten gesucht wurde: die Wiederherstellung derselben Koalition mit andern Personen und mit dem Ziele, die Große Koalition später zu bilden.“

Die Zentrumsfraktion läßt in der heutigen Ausgabe der Germania erklären, daß sie nach dem Sturz der Regierung nunmehr in ihrem Entschluß völlig frei und noch freier sein habe gebunden ist. Weiter heißt es dann: Die Zentrumsfraktion kann jetzt ihre Entschlüsse in voller Unabhängigkeit fassen. Selbstentäußerung und Verlaufen hinter andern kann für uns selbst nicht in Frage kommen. Das Zentrum hat diese Krise nicht verschuldet. Für die Folgen ist die Partei nicht verantwortlich.

Auffallend einheitlich ist die Rechtspresse in ihrer Stellungnahme zu dem Kabinettssturz. Sie betont, daß in dem Vordergrund der kommenden Verhandlungen über die Regierungsbildung der Schutz der Reichswehr stehen müsse, und das Reichswehrministerium unter keinen Umständen der Sozialdemokratie ausgeliefert werden dürfe. Die Deutsche Tageszeitung fordert das neben der andern Rechtspresse nicht nur, sondern stellt diesen Schutz der Reichswehr gleichzeitig als Aufgabe des Reichspräsidenten hin. Sie ergänzt diese Mitteilung, aus der sich wiederum die engen Beziehungen zwischen Reichspräsident und Rechtspresse ergeben, durch die Feststellung, daß Hindenburg seine Freiheit in der Auswahl unbekümmert um widersprechende, der Realität entbehrende Stimmungen lediglich zum Wohle des Ganzen, zum Ziele einer Konsolidierung der Regierungsbemühungen wahrnehmen wird. Diese deutschnationale Sprache ins Hochdeutsch überträgt, bedeutet natürlich nichts anderes, als daß der Reichspräsident zunächst den Versuch zur Bildung einer Bürgerblockregierung zu machen gedenkt.

Gendarmenwahlen in Ungarn

N. Budapest, 18. Dezember. (Fig. Funkbericht.) Auf Grund der am Freitag erfolgten Stichwahlen in Ungarn dürfte sich das neue Parlament zusammensetzen aus 216 Abgeordneten der Regierungsparteien, 13 Sozialdemokraten, 9 Demokraten, 3 Regimistiken und 3 Rassenhütern. Die Opposition (Sozialdemokraten und Demokraten) beschließt, bei dem Zusammentritt des Parlaments eine einheitliche Erklärung abzugeben, in der es heißt, daß sie die Wahlen als ungerechtlich betrachte.

In Wirklichkeit hat die ungarische Regierung durch den Gendarmen gestiftet. Rechtsprechung der Wähler, Vergewaltigung, Duldung und Terror waren bis ins höchste ausgebildet. Die Wahlen sind ein einziger Schand.